

Gemeinsame Erklärung zum Abschluss des Norwegermarsches: Jedes Land hat das Recht, Nahrungsmittel zu produzieren

Genf, 26. Juli 2005

Wir, die Unterzeichner, teilen unsere starken Bedenken in Bezug auf die gegenwärtigen WTO-Verhandlungen. Bis zum Ministertreffen in Hongkong im Dezember 2005 soll eine Einigung über die Modalitäten im Agrardossier erreicht werden.

Wir fordern, dass die WTO-Regeln so festgelegt werden, dass verschiedenen Formen der Landwirtschaften in der Welt bestehen bleiben und gefördert werden. Eine aggressive Handelsliberalisierung, welche die speziellen Bedingungen der einzelnen Landwirtschaften nicht mit einbezieht, verhindert die Koexistenz von unterschiedlichen Agrarmodellen. Zudem können die nicht handelsbezogenen Anliegen von Bevölkerungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir fordern zudem, dass diese Verhandlungen auf dem Prinzip beruhen, dass jedes Land ein Recht darauf hat, die Produktion von Nahrungsmitteln für den Eigenkonsum zu schützen und zu fördern, die Ernährungssicherheit zu garantieren und eine angemessene Selbstversorgung zu sichern.

Wir verlangen, dass der Entscheidungsprozess der Agrarverhandlungen der WTO transparent gestaltet wird.

Die folgenden Prinzipien und Punkte sollen Bestandteil der WTO-Verhandlungen sein und müssen sich umfassend in den Modalitäten widerspiegeln:

Grundprinzipien

1. Nicht handelsbezogene Anliegen müssen vollständig und präzise in die Modalitäten aufgenommen werden.
2. Für Entwicklungsländer, die im Agrarsektor nicht wettbewerbsfähig sind, ist eine spezielle und differenzierte Vorgehensweise in Betracht zu ziehen, die es erlaubt, ihre Bedürfnisse im Bereich der ländlichen Entwicklung, der Ernährung und der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit zu befriedigen.

Positionen

1. Die Höhe und die Art der Zölle müssen es erlauben, auf die Eigenschaften der respektiven Produkte eines jeden Landes Rücksicht zu nehmen.
2. Jedes Mitglied muss die Möglichkeit haben, eine ausreichende Anzahl von sensiblen oder speziellen Produkten zu bestimmen. Für diese ist eine ausreichende Flexibilität bei der Ausgestaltung der Zölle und der Zollkontingente zu gewähren.
3. Die Einführung von Begrenzungen für Zölle („capping“) ist in keiner Weise annehmbar.

4. Bei der Reduktion von Zöllen innerhalb der Tarifbänder muss genügend Flexibilität zugestanden werden. Die Abbauschritte innerhalb der Bänder sollen gemäss der Formel der Uruguay-Runde vorgenommen werden. Wir wehren uns gegen die Anwendung der „Swiss formula“.
5. Besondere Schutzmassnahmen für Agrarprodukte sind sowohl für Industrie- als auch für Entwicklungsländer sicherzustellen.
6. Die WTO-Regeln dürfen den Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer nicht durch präferenzielle Abkommen untergraben.
7. Der WTO Regeln sind so auszugestalten, dass zwischen der Stützung von Produkten für den Inlandkonsum und der Stützung von Exportprodukten unterschieden werden kann. Entwicklungsländern muss erlaubt werden, sich vor dem Import von subventionierten Produkten zu schützen.
8. Die produktspezifische Begrenzung der Marktstützung ist so auszugestalten, dass die Agrarreformen in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden können.
9. Die echte Nahrungsmittelhilfe für humanitäre Zwecke bei Sozial- und Naturkatastrophen muss gesichert werden.

Norges Bondelag, Norwegen

Schweizerischer Bauernverband und seine 85 Mitgliedorganisationen, Schweiz

Uniterre, Schweiz

Bäuerliches Zentrum Schweiz

Icelandic Farmers Union, Island

COPA/COGECA, Europäische Union

JA Zenchu, Japan

National Agricultural Cooperatives of Korea, Korea

ROPPA, Réseau des organisations paysannes et de producteurs agricoles de l'Afrique de l'ouest (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal, Togo)

KENFAP, National Federation of Agricultural Producers, Kenia

UNAG, Union Nacional de Agricultura y Ganaderos, Nicaragua